

Suchergebnisse: CDU

5. Januar 1876 – Konrad Adenauer wird in Köln geboren

Köln * Konrad Adenauer, der spätere Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und CDU-Vorsitzende, wird in Köln geboren.

4. Februar 1897 – Ludwig Erhard wird in Fürth geboren

Fürth * Ludwig Erhard, der spätere Wirtschaftsminister und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie CDU-Vorsitzende, wird in Fürth geboren.

3. April 1930 – Helmut Kohl wird in Ludwigshafen geboren

Ludwigshafen * Helmut Kohl, der spätere Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und CDU-Vorsitzende, wird in Ludwigshafen geboren.

14. August 1949 – Ergebnis der ersten Bundestagswahl 1949

Bundesrepublik Deutschland -Bonn * Bei der Wahl zum 1. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem Bundeskanzler-Kandidaten Konrad Adenauer 31,0 Prozent und 139 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Kurt Schumacher erringt 29,2 Prozent der Stimmen und 131 Sitze. Die FDP bekommt 11,9 Prozent und 52 Sitze. Die DKP kommt auf 5,7 Prozent und 15 Sitze. Insgesamt sind zehn Parteien im Deutschen Bundestag mit Abgeordneten vertreten. Konrad Adenauer [CDU] wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP.

27. März 1952 – Attentat auf Bundeskanzler Konrad Adenauer

München-Kreuzviertel * Im Polizeipräsidium an der Ettstraße explodiert ein an Bundeskanzler Konrad Adenauer [CDU] adressiertes Päckchen. Dabei wird der Polizeibeamte Karl Reichert getötet.



6. September 1953 – Ergebnis der Bundestagswahl 1953

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 2. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Konrad Adenauer 45,2 Prozent [+ 14,2] und 249 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Erich Ollenhauer erringt 29,8 Prozent der Stimmen [- 0,4] und 162 Sitze. Die FDP bekommt 9,5 Prozent [- 2,4] und 53 Sitze. Die DKP scheitert an der Fünf-Prozent-Hürde. Der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten - GB/BHE zieht mit 5,9 Prozent und 27 Sitzen in den Deutschen Bundestag ein. Unter den 487 Abgeordneten befinden sich 129 ehemalige Mitglieder der NSDAP. Konrad Adenauer [CDU] wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU und FDP.

17. Juli 1954 – Angela Merkel wird in Hamburg geboren

Hamburg * Angela Merkel, die spätere Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland und CDU-Vorsitzende, wird in Hamburg geboren.

15. September 1957 – Ergebnis der Bundestagswahl 1957

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 3. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Konrad Adenauer 50,2 Prozent [+ 5,0] und 277 Sitze. Die CSU kommt in Bayern auf 57,2 Prozent. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Erich Ollenhauer erringt 31,8 Prozent der Stimmen [+ 3,0] und 181 Sitze. Die FDP bekommt 7,7 Prozent [- 1,8] und 43 Sitze. Die DKP tritt nicht zur Wahl an. Sie wurde im Vorjahr verboten. Konrad Adenauer [CDU] wird Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Er kann mit der CDU/CSU mit absoluter Mehrheit regieren.

18. September 1961 – Ergebnis der Bundestagswahl 1961

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 4. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Konrad Adenauer 45,3 Prozent [- 4,9] und 251 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt erringt 36,2 Prozent der Stimmen [+ 4,4] und 203 Sitze. Die FDP bekommt 12,8 Prozent [+ 5,1] und 67 Sitze. Konrad Adenauer [CDU] wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU und FDP.

15. Oktober 1963 – Konrad Adenauer [CDU] tritt als Bundeskanzler zurück



Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Konrad Adenauer [CDU] tritt als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zurück.

16. Oktober 1963 – Ludwig Erhard wird neuer Bundeskanzler

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Ludwig Erhard [CDU] wird zum neuen Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

19. September 1965 – Ergebnis der Bundestagswahl 1965

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 5. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Ludwig Erhard 47,6 Prozent [+ 2,3] und 251 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt erringt 39,3 Prozent der Stimmen [+ 3,1] und 217 Sitze. Die FDP bekommt 9,5 Prozent [- 3,3] und 50 Sitze. Ludwig Erhard [CDU] wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU und FDP.

27. Oktober 1966 – Ludwig Erhard bildet eine CDU/CSU-Minderheitsregierung

Bonn * Die FDP zieht nach einer Auseinandersetzung über den Bundeshaushalt ihre vier Minister aus der Regierung Erhard zurück. Bundeskanzler Ludwig Erhard [CDU] bildet daraufhin eine Minderheitsregierung aus CDU und CSU.

10. November 1966 – Kurt Georg Kiesinger wird Kanzlerkandidat der CDU

Bonn * Kurt Georg Kiesinger [CDU] setzt sich im dritten Wahlgang gegen seine Konkurrenten - Bundesaußenminister Gerhard Schröder [CDU] und den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel - als Kanzlerkandidat der CDU durch. Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier hat zuvor zugunsten Kiesingers verzichtet.

25. November 1966 – Kiesingers Verhandlungen mit der FDP scheitern

Bonn * Die Verhandlungen Kurt Georg Kiesingers [CDU] mit der FDP zur erneuten Regierungsbildung scheitern.



26. November 1966 – CDU/CSU und SPD vereinbaren eine Große Koalition

Bonn * Zwischen dem Kanzlerkandidaten der CDU, Kurt Georg Kiesinger, und dem oppositionellen Kanzlerkandidaten der SPD, Willy Brandt, wird eine Große Koalition vereinbart.

30. November 1966 – Ludwig Erhard [CDU] tritt als Bundeskanzler zurück

Bonn * Ludwig Erhard [CDU] tritt als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zurück.

1. Dezember 1966 – Kurt Georg Kiesinger wird Bundeskanzler einer Großen Koalition

Bonn * Kurt Georg Kiesinger wird Bundeskanzler der ersten Großen Koalition auf Bundesebene.

19. April 1967 – Konrad Adenauer stirbt im Alter von 91 Jahren in Bad Honnef

Bad Honnef * Der ehemalige Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende Konrad Adenauer [CDU] stirbt im Alter von 91 Jahren in Bad Honnef.

7. November 1968 – Beate Klarsfeld ohrfeigt Bundeskanzler Kiesinger

Berlin * Beate Klarsfeld verschafft sich mit einer Pressekarte Zugang zum CDU-Parteitag in der Berliner Kongresshalle und ohrfeigt den deutschen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, der der NSDAP seit 1933 angehört hatte, wegen seiner Nazi-Vergangenheit. Beate Klarsfeld wird noch an demselben Tag zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Strafe wird jedoch zur Bewährung ausgesetzt. „Es war eine symbolische Aktion der jungen Generation, der Nazi-Kinder gegen die Nazi-Väter“, sagt Beate Klarsfeld.

28. September 1969 – Ergebnis der Bundestagswahl 1969

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 6. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger 46,1 Prozent [- 1,5] und 250 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt erringt 42,7 Prozent der Stimmen [+ 3,4] und 237 Sitze. Die FDP bekommt 6,8 Prozent [- 3,7] und 31 Sitze. Die NPD scheitert mit



4,3 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde.
Koalition aus SPD und FDP.

Willy Brandt [SPD] wird Bundeskanzler einer

19. November 1972 – Ergebnis der Bundestagswahl 1972

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 7. Deutschen Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Willy Brandt 45,8 Prozent [+ 3,1] und 242 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Rainer Barzel erringt 44,9 Prozent der Stimmen [- 1,2] und 234 Sitze. Die FDP bekommt 8,4 Prozent [+ 2,6] und 42 Sitze. Willy Brandt [SPD] wird Bundeskanzler einer Koalition aus SPD und FDP.

August 1976 – Die CSU wirbt mit dem Slogan: „Freiheit oder Sozialismus“

Bundesrepublik Deutschland - Freistaat Bayern * Bei der Bundestagswahl 1976 steht die Parole „Freiheit statt Sozialismus“ bei der CDU im Vordergrund. Die CSU ändert den Slogan in „Freiheit oder Sozialismus“ ab.

3. Oktober 1976 – Ergebnis der Bundestagswahl 1976

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 8. Deutschen Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Schmidt 42,6 Prozent [- 3,2] und 224 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Helmut Kohl erringt 48,6 Prozent der Stimmen [+ 3,7] und 254 Sitze. Die FDP bekommt 7,9 Prozent [-0,5] und 40 Sitze. Die CSU erringt in Bayern 60,0 Prozent der Stimmen und trägt damit 10,6 Prozent zum Gesamtergebnis der Union (48,6 Prozent) bei. CDU und CSU sind mit insgesamt 243 Sitzen die stärkste Fraktion im Bundestag, doch die sozialliberale Koalition aus SPD und FDP kann mit einer Mehrheit von zehn Sitzen weiter regieren. Helmut Schmidt [SPD] wird Bundeskanzler einer Koalition aus SPD und FDP.

18. November 1976 – Die CSU kündigt in Wildbad Kreuth die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU

Wildbad Kreuth * Mit 30 gegen 18 Stimmen bei einer Enthaltung beschließt die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag auf ihrer Klausurtagung am 18. und 19. November in Wildbad Kreuth, die Fraktionsgemeinschaft mit der Christlich Demokratischen Union - CDU im Deutschen Bundestag aufzukündigen und im 8. Deutschen Bundestag eine selbstständige



Fraktion zu bilden. Der Beschluss bedeutet eine tiefe Zäsur im traditionell schwierigen Bündnisverhältnis zwischen CDU und Christlich Sozialer Union - CSU. Aktueller Anlass für den einseitigen Trennungsbeschluss waren das Ergebnis und die Folgen der Bundestagswahl vom 3. Oktober 1976.

29. November 1976 – CDU droht mit der Gründung eines Landesverbands in Bayern

Bonn * Der CDU-Bundesvorstand fordert die CSU-Führung auf, bis zum Tag der konstituierenden Sitzung des 8. Deutschen Bundestages die Fraktionsgemeinschaft wieder herzustellen. Andernfalls wird die CDU in Bayern einen Landesverband gründen.

1. Dezember 1976 – Helmut Kohl wird CDU-Fraktions-Vorsitzender

Bonn * Der Rheinland-Pfälzische Ministerpräsident Helmut Kohl wird zum Vorsitzenden der künftigen CDU-Bundestagsfraktion gewählt.

2. Dezember 1976 – Die CSU-Führung knickt ein

München * Die CSU-Führung beginnt einzulenken. In Bayern ruft der Trennungsbeschluss von Kreuth vor allem an der fränkischen und schwäbischen CSU-Basis Unmut und Widerspruch hervor. Drei CSU-Bezirksverbände fordern einen Sonderparteitag. Sie befürchten, dass die Gründung eines CDU-Landesverbandes der bayerischen Regierungspartei und damit der Gesamtunion gravierend schaden können.

9. Dezember 1976 – Der Trennungsbeschluss von Wildbad Kreuth wird aufgeweicht

Bonn * Franz Josef Strauß bietet nach einer Sitzung des CSU-Landesvorstandes und der CSU-Landesgruppe der CDU neue Gespräche an. Der Trennungsbeschluss von Wildbad Kreuth ist zwar nicht aufgehoben, aber „durch neue Vorschläge“ überlagert worden.

12. Dezember 1976 – Politische Parität zwischen CDU und CSU geregelt

Bonn * CDU und CSU vereinbaren, die Fraktionsgemeinschaft der CDU/CSU auf der Grundlage



neuer Abmachungen fortzusetzen. In umfangreichen schriftlichen Vereinbarungen werden neue Verfahren der Konfliktregelung im Sinne einer politischen Parität beider Parteien festgelegt. Die CSU bahnt mit diesen Vereinbarungen zugleich die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß im Bundestagswahlkampf 1980 an.

5. Mai 1977 – Ludwig Erhard stirbt in Bonn

Bonn * Ludwig Erhard, der ehemalige Wirtschaftsminister und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie CDU-Vorsitzende, stirbt in Bonn.

28. Mai 1979 – Der CDU-Bundesvorstand kürt Ernst Albrecht zum Kanzlerkandidaten

Bonn * Der CDU-Bundesvorstand benennt den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht zum Kanzlerkandidaten. Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl hatte zuvor auf eine erneute Kandidatur verzichtet.

2. Juli 1979 – Franz Josef Strauß wird Kanzlerkandidat der Unionsparteien

Bonn * Franz Josef Strauß wird von der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages als erster Kanzlerkandidat der CSU für die Unionsparteien nominiert. Er erhält 135 Stimmen der 237 anwesenden Abgeordneten (57 Prozent). 102 Abgeordnete stimmen für Ernst Albrecht (43 Prozent). Die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß ist von großer Bedeutung für die Unionsparteien, weil sich die CDU als größere Schwesterpartei der Fraktionsgemeinschaft seit der Kanzlerschaft von Konrad Adenauer ein gewohnheitsmäßiges erstes Zugriffsrecht auf die Kanzlerkandidatur gesichert hatte. Die Kanzlerkandidatur eines CSU-Politikers gilt als Ausnahme, da ein Erfolg eines bayerischen Politikers auf Bundesebene als nur wenig wahrscheinlich angesehen wird.

23. September 1980 – Franz Josef Strauß lässt Demonstranten umzingeln

München-Graggenau • Der Kanzlerkandidat der CDU/CSU, Franz Josef Strauß, will vor seiner Rede auf dem Marienplatz von der Polizei Demonstranten entfernen lassen, die auf Transparenten Stoppt Strauß fordern und durch Sprechchöre auf sich aufmerksam machen. Da der Einsatzleiter dazu keine rechtliche Grundlage sieht, wird auf der Stelle von Strauß (jetzt in



seiner Eigenschaft als bayerischer Ministerpräsident) abgesetzt. Die Demonstranten sehen sich kurz darauf von einem großen Polizeiaufgebot umzingelt.

5. Oktober 1980 – Ergebnis der Bundestagswahl 1980

Bundesrepublik Deutschland * In dem sehr emotionsgeladenen Wahlkampf [„Stoppt Strauß“] konzentrieren sich die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Kanzlerkandidaten Helmut Schmidt und Franz Josef Strauß. Bei der Wahl zum 9. Deutschen Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Schmidt 42,9 Prozent der Stimmen [+ 0,3] und 228 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß erhält 44,5 Prozent [- 4,1] und 237 Sitze. Die FDP bekommt 10,6 Prozent [+ 2,7] und 54 Sitze. DIE GRÜNEN, die erstmals bei einer Bundestagswahl antreten, kommen aber nur auf 1,5 Prozent der abgegebenen Stimmen. Helmut Schmidt [SPD] wird Bundeskanzler einer Koalition aus SPD und FDP.

17. September 1982 – Schmidts Aufforderung für ein Konstruktives Misstrauensvotum

Bonn * Bundeskanzler Helmut Schmidt fordert die Opposition nach dem Kabinettsrückzug der FDP zur Durchführung eines Konstruktiven Misstrauensvotums auf.

1. Oktober 1982 – Helmut Kohl wird Bundeskanzler

Bonn * Helmut Kohl wird durch ein Konstruktives Misstrauensvotum zum Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Er leitet eine Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

17. Dezember 1982 – Auf vorgezogene Neuwahlen verständigt

Bonn - Bundesrepublik Deutschland * Durch eine bewusst verlorene Vertrauensfrage werden Neuwahlen für den Deutschen Bundestag ausgelöst. CDU/CSU und FDP hatten sich schon zuvor auf die Durchführung von vorgezogenen Neuwahlen verständigt.

6. März 1983 – Helmut Kohl bleibt Bundeskanzler einer CDU/CSU/FDP-Koalition

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 10. Bundestag erhält die CDU/CSU



mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 48,8 Prozent der Stimmen [+ 4,3] und 255 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel erringt 38,2 Prozent [- 4,7] und 202 Sitze. Die FDP bekommt 7,0 Prozent [- 3,6] und 35 Sitze. Die Grünen kommen mit 5,6 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 4,1] und 28 Sitzen erstmals in den Deutschen Bundestag.

Helmut Kohl wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

16. Januar 1986 – Aufnahme des Umweltschutzes im Grundgesetz scheitert

Bonn * Nach der Katastrophe von Tschernobyl beantragen die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE GRÜNEN, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen. Der Vorstoß scheitert an der Haltung von CDU/CSU. Dadurch wird die notwendige verfassungsändernde Mehrheit nicht erreicht. Die verfassungsrechtliche Verankerung erfolgte schließlich 1994 durch die Einführung des Art. 20a Grundgesetz.

25. Januar 1987 – Ergebnis der Bundestagswahl 1987

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 11. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 44,3 Prozent [- 4,5] und 234 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Johannes Rau erringt 37,0 Prozent der Stimmen [- 1,2] und 193 Sitze. Die FDP bekommt 9,1 Prozent [+ 2,1] und 48 Sitze. Die Grünen kommen mit 8,3 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 2,7] und 44 Sitzen in den Deutschen Bundestag. Helmut Kohl wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

2. Dezember 1990 – Ergebnis der Bundestagswahl 1990

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Die Bundestagswahl 1990 steht massiv unter dem Eindruck der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990. Bei der Wahl zum 12. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 43,8 Prozent [- 0,5] und 319 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine erringt 33,5 Prozent der Stimmen [- 3,5] und 239 Sitze. Die FDP bekommt 11,0 Prozent [+ 1,9] und 79 Sitze. Die Grünen kommen auf 3,8 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 4,5] und ziehen deshalb nicht in den Deutschen Bundestag ein. Die PDS erkämpft nur 2,4 Prozent der Stimmen und verfehlt damit bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde. Es ist aber vor der Wahl vereinbart worden, dass es genügt, nur in einem der beiden Wahlgebiete diese Klausel zu überspringen. Und das gelingt der PDS in den neuen Bundesländern unproblematisch. Die Partei erhält



dadurch 17 Sitze. Das Gleiche gilt für die nur in der ehemaligen DDR antretendem Bündnis 90. Es erhält nur 1,2 Prozent vom Stimmenanteil, zieht aber mit acht Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Helmut Kohl wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

16. Oktober 1994 – Ergebnis der Bundestagswahl 1994

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 13. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 41,4 Prozent [- 2,4] und 294 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping erringt 36,4 Prozent der Stimmen [+ 2,9] und 253 Sitze. Die FDP bekommt 6,9 Prozent [- 4,1] und 47 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 7,3 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 2,2]. Die PDS erkämpft nur 4,4 Prozent der Stimmen und verfehlt damit bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde. Aufgrund der Grundmandatsklausel zieht die Partei trotzdem mit 30 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Helmut Kohl wird erneut Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

27. September 1998 – Ergebnis der Bundestagswahl 1998

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 14. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 35,1 Prozent [- 6,3] und 245 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder erringt 40,9 Prozent der Stimmen [+ 4,5] und 298 Sitze. Die FDP bekommt 6,2 Prozent [- 0,7] und 43 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 6,7 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 0,6]. Die PDS erkämpft 5,1 Prozent der Stimmen [+ 0,7] und mit 36 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Gerhard Schröder wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

1999 – Horst Teltschik wird Vorsitzender der Sicherheitskonferenz

München-Kreuzviertel * Der Wirtschaftsmanager und Politiker Horst Teltschik (CDU) übernimmt von Ewald-Heinrich von Kleist-Schmenzin den Vorsitz der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik (MSK).



22. September 2002 – Ergebnis der Bundestagswahl 2002

Bundesrepublik Deutschland - Berlin • Bei der Wahl zum 15. Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Gerhard Schröder 38,5 Prozent [- 2,4] und 251 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber erringt ebenfalls 38,5 Prozent der Stimmen [+ 3,4] und 248 Sitze. Die FDP bekommt 7,4 Prozent [+ 1,2] und 47 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 8,6 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 1,9]. Die PDS erkämpft 4,0 Prozent der Stimmen [- 1,1] und zieht - durch die direkt gewonnenen Berliner Wahlkreise - lediglich mit zwei Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Gerhard Schröder wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

9. Oktober 2002 – Das amtliche Endergebnis der Bundestagswahl 2002 steht fest

Bundesrepublik Deutschland - Berlin * Das amtliche Endergebnis der Bundestagswahl 2002 wird bekannt gegeben. SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN können zusammen 577.000 mehr Wähler als CDU/CSU und FDP für sich gewinnen.

18. September 2005 – Ergebnis der Bundestagswahl 2005

Bundesrepublik Deutschland - Berlin * Bei der Wahl zum 16. Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Gerhard Schröder 34,2 Prozent [- 4,3] und 222 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrer Kanzlerkandidatin Angela Merkel erringt 35,2 Prozent der Stimmen [- 3,3] und 226 Sitze. Die FDP bekommt 9,8 Prozent [+ 2,4] und 61 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 8,6 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 0,5] und 51 Sitze. Die PDS erkämpft 8,7 Prozent der Stimmen [+ 4,7] und zieht mit 54 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Angelika Merkel wird Bundeskanzlerin in einer Großen Koalition bestehend aus CDU/CSU und SPD.

26. Februar 2009 – Widerstand gegen die EU-Nährwertprofile

Brüssel * Mehrere CDU-Europaabgeordnete, darunter Renate Sommer und Peter Liese, sprechen sich öffentlich gegen die geplanten EU-Nährwertprofile aus. Sie warnen, die vorgesehenen Grenzwerte könnten traditionelle deutsche Backwaren wie Brot und Brezen benachteiligen, und kritisieren die Pläne als überzogene Regulierung. Die Auseinandersetzung entwickelt sich rasch zu einem Thema des bevorstehenden Europawahlkampfes. Obwohl die



geplanten Nährwertprofile ausschließlich gesundheitsbezogene Werbeaussagen betreffen und weder Rezepturen noch den Verkauf von Brot oder Brezen regeln sollen, entsteht in der öffentlichen Debatte vielfach der Eindruck, die EU wolle traditionelle Backwaren verbieten oder ihren Salzgehalt vorschreiben.

27. September 2009 – Ergebnis der Bundestagswahl 2009

Berlin * Bei der Wahl zum 17. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrer amtierenden Bundeskanzlerin Angela Merkel 33,8 Prozent [- 1,4] und 239 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier erringt 23,0 Prozent der Stimmen [- 11,2] und 146 Sitze. Die FDP bekommt 14,5 Prozent [+ 4,7] und 93 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 10,7 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 2,6] und 68 Sitze. Die PDS erkämpft 11,9 Prozent der Stimmen [+ 3,2] und zieht mit 76 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Angelika Merkel wird Bundeskanzlerin einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

22. September 2013 – Ergebnis der Bundestagswahl 2013

Bundesrepublik Deutschland - Berlin • Bei der Wahl zum 18. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrer amtierenden Bundeskanzlerin Angela Merkel 41,5 Prozent [+ 7,7] und 311 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück erringt 25,7 Prozent der Stimmen [+ 2,7] und 193 Sitze. Die FDP bekommt 4,8 Prozent [- 9,8] und scheitert damit an der Fünf-Prozent-Hürde. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 8,4 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 2,3] und 63 Sitze. Die PDS erkämpft 8,6 Prozent der Stimmen [- 3,3] und zieht mit 64 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Angelika Merkel wird Bundeskanzlerin einer Großen Koalition bestehend aus CDU/CSU und SPD.

24. September 2017 – Große Verluste der etablierten Parteien bei der Bundestagswahl 2017

Bundesrepublik Deutschland - Berlin * Bei der Wahl zum 19. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrer amtierenden Bundeskanzlerin Angela Merkel 32,9 Prozent [- 8,6] und 240 Sitze [- 71]. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Schulz erringt 20,8 Prozent der Stimmen [- 4,9] und 152 Sitze [- 41]. „Bündnis 90/DIE GRÜNEN“ kommen auf 9,0 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 0,6] und 66 Sitze [+ 3]. Die FDP bekommt 10,4 Prozent [+ 5,6] und erreicht damit 76 Sitze. Die Linke erkämpft ebenfalls 9,0 Prozent der Stimmen [+ 0,4] und zieht mit 66 Abgeordneten [+ 2] in den Deutschen Bundestag ein. Der große Siegerin der Bundestagswahl ist die Alternative für



Deutschland - AfD mit 13,0 Prozent [+ 8,3] und 95 Sitzen.
Bundeskanzlerin einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und SPD.

Angelika Merkel wird

26. September 2021 – SPD gewinnt Bundestagswahl 2021

Bundesrepublik Deutschland - Berlin * Bei der Wahl zum 20. Bundestag erhält die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz erringt 25,7 Prozent der Stimmen [+ 5,2] und 206 Sitze.

CDU/CSU mit Armin Laschet als Kanzlerkandidat kommen auf 24,1 Prozent [- 8,9] und 196 Sitze.

Bündnis 90/Die Grünen erhalten mit ihrer Kanzlerkandidatin Analena Baerbock 14,8 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 5,9] und 118 Sitze. Die FDP bekommt 11,5 Prozent [+ 0,8] und erreicht damit 92 Sitze. Die Alternative für Deutschland - AfD erhält 10,3 Prozent [-2,3] und 83 Sitze. Die Linke erkämpft lediglich 4,9 Prozent der Stimmen [-4,3] und zieht aufgrund von Überhang- und Direktmandaten mit 39 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Der Südschleswigsche Wählerverband - SSW erhält 1 Mandat. Der Anteil der Frauen bei den Abgeordneten beträgt 35 Prozent. Die Fraktionen von CDU/CSU, FDP und AfD stellen sich als besonders männerlastig dar.
